

KLIMAKULT-ORGANISATION OAS sagt, dass die globale Erwärmung die Erde in Brand setzen wird und dass jeder, der anderer Meinung ist, zu 100 PROZENT ZENSIERT WERDEN MUSS

geschrieben von Chris Frey | 20. Juli 2025

S.D. Wells

Das Schneeballsystem nimmt kein Ende. In einem weitreichenden neuen Rechtsgutachten hat der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACtHR) erklärt, dass der Klimawandel ein Menschenrechtsproblem darstellt und dass alle 35 Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) – einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanadas – rechtlich verpflichtet sind, ihn zu bekämpfen.

In der beratenden Entscheidung des in Costa Rica ansässigen Gerichts heißt es, dass der Einzelne ein Menschenrecht auf ein stabiles Klima hat und dass die Regierungen dringend Maßnahmen ergreifen müssen, um die Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen und sich vor Klimadesinformation zu schützen.

– **Klima als Menschenrecht:** Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte hat den Zugang zu einem stabilen Klima zum Menschenrecht erklärt und entschieden, dass die Mitgliedsstaaten der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), einschließlich der USA und Kanadas, rechtlich verpflichtet sind, Treibhausgasemissionen zu reduzieren, sich an den Klimawandel anzupassen und global zu kooperieren.

– **Mandat zur Zensur von „Desinformation“:** Das Gericht fordert die Staaten auf, mit Technologieplattformen, Medien und digitalen Akteuren zusammenzuarbeiten, um klimabezogene „Falschinformationen“ zu bekämpfen. Dies impliziert Einschränkungen der Redefreiheit, welche die vorherrschenden Klimanarrative in Frage stellt – was insbesondere in Ländern wie den USA Bedenken hinsichtlich der Redefreiheit aufwirft.

– **Weitreichende Jurisdiktion:** Obwohl die USA keine Vertragspartei der Amerikanischen Menschenrechtskonvention sind, behauptet das Gericht, dass sein Urteil für alle 35 OAS-Mitglieder gilt, was zu der Kritik führt, dass es versucht, souveränen Nationen internationale Klima- und Zensurpolitik aufzuzwingen.

– **Gegenreaktion der USA wahrscheinlich:** Die Reaktionen der USA in der

Vergangenheit, insbesondere unter Präsident Donald Trump und Vizepräsident JD Vance, deuten auf eine starke Ablehnung internationaler Umweltvorschriften oder Zensur hin. Frühere Drohungen mit Vergeltungsmaßnahmen wegen Kohlenstoffsteuern auf die US-Schiffahrt und Warnungen vor der Regulierung von Plattformen wie X (ehemals Twitter) deuten auf einen wahrscheinlichen Widerstand gegen die Empfehlungen des Gerichts hin.

Interamerikanischer Gerichtshof entscheidet, dass Nationen Emissionen reduzieren und Skeptiker zensieren müssen

In der 300-seitigen [Stellungnahme](#) des Gerichtshofs werden „dringende und wirksame“ staatliche Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise auf der Grundlage der besten verfügbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse gefordert. Es betont, dass diese Verpflichtungen nicht auf die Unterzeichner der Amerikanischen Menschenrechtskonvention beschränkt sind, sondern für alle OAS-Mitglieder verbindlich sind. Das Gericht stützt sich auf nationales, regionales und internationales Recht, um zu argumentieren, dass der Schutz heutiger und künftiger Generationen vor dem Klimazusammenbruch eine rechtliche Verpflichtung der Regierungen ist.

Einer der umstrittensten Aspekte des Urteils betrifft die Frage der klimabezogenen Desinformation. Das Gericht empfiehlt den Staaten, aktiv mit Social-Media-Plattformen, Technologieentwicklern und Nachrichtenmedien zusammenzuarbeiten, um Fehlinformationen über den Klimawandel zu bekämpfen. Es plädiert für „Medien- und Informationskompetenz“-Programme und koordinierte Maßnahmen, um sicherzustellen, dass digitale Inhalte wahrheitsgemäß und zuverlässig sind. Dies deutet im Wesentlichen auf eine staatlich unterstützte Zensur oder Kontrolle von Online-Diskussionen hin, die als Klima-Desinformation eingestuft werden.

Kritiker, insbesondere in den USA, haben ihre Besorgnis darüber zum Ausdruck gebracht, was sie als einen ausländischen Versuch ansehen, die nationale Souveränität und den ersten Verfassungszusatz außer Kraft zu setzen. Sie argumentieren, dass die Aufforderung des Gerichts, gegen Desinformation vorzugehen, die Tür zur Zensur abweichender Stimmen öffnen könnte, einschließlich Wissenschaftlern, Kommentatoren und Politikern, welche die vorherrschenden Klima-Narrative in Frage stellen.

Dies ist das zweite internationale Gericht, das ein solches Rechtsgutachten abgibt. Im vergangenen Jahr entschied der Internationale Seegerichtshof, dass Treibhausgase Schadstoffe sind, welche die Meeresökosysteme schädigen, und dass die Staaten rechtlich verpflichtet sind, sie zu kontrollieren. Dieses Urteil löste einen Vorstoß für internationale Kohlenstoffsteuern auf die Schiffahrt aus – ein Schritt, den die Trump-Regierung entschieden ablehnt. In einem durchgesickerten diplomatischen Schreiben warnte die Regierung, dass die USA Vergeltungsmaßnahmen gegen jede Nation ergreifen würden, die versucht,

solche Gebühren für amerikanische Schiffe zu erheben, und bezeichnete die Vorschläge als „unverhohlen unfair“.

Vizepräsident J.D. Vance äußerte sich kürzlich in diesem Sinne und warnte, dass die amerikanische Unterstützung für internationale Bündnisse wie die NATO gefährdet sein könnte, wenn europäische Regierungen US-Plattformen wie X (früher Twitter) censieren. Vance verwies auf frühere Drohungen der EU gegen Elon Musk wegen der möglichen Wiedereinsetzung des Accounts von Präsident Donald Trump und bezeichnete diese als Angriffe auf die amerikanische Redefreiheit.

Angesichts des IACMR-Urteils sind künftige Spannungen zwischen der US-Regierung – insbesondere unter einer möglichen zweiten Trump-Regierung – und internationalen Rechtsgremien wahrscheinlich, die die Zuständigkeit für Klimapolitik und Sprachregulierung beanspruchen. Auch wenn die Stellungnahme des Gerichts nicht bindend ist, signalisieren ihr weitreichender Geltungsbereich und die Durchsetzung von Rechtsnormen für die gesamte westliche Hemisphäre einen wachsenden Vorstoß für eine supranationale Klimagovernance und möglicherweise einen Konflikt über nationale Souveränität und freie Meinungsäußerung.

Auf [ClimateAlarmism.news](#) finden Sie aktuelle Informationen über psychotische Milliardäre, die einen großen Teil ihres Geldes ausgeben, um die Fleisch- und Milchprodukte zu verfälschen und gleichzeitig die Bevölkerung um ein paar Milliarden Menschen zu verringern.

**Quellen für diesen Beitrag sind u. A.: [NaturalNews.com](#),
[BezoEarthFund.org](#)**

Link:

<https://climate.news/2025-07-08-oas-says-global-warming-about-to-burn-earth.html>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE